

Erfüllung der Fürsorgepflicht gefordert

Opfer von Radarstrahlen gaben Pressekonferenz

Siegfried Rabenstein reparierte von 1971 bis 1977 als Radarelektroniker in der Werkstatt des Marinearsenals Wilhelmshaven defekte Radaranlagen. Bereits 1991 wurde er wegen Nierenkrebs und des Verdachts auf Leber- und Lungenkarzinome operiert. Danach erkrankte er mehrmals an einer Herzbeutelentzündung. Sein Leidensweg ist ein Beispiel für die Biografien von vielen betroffenen Radartechnikern. Jetzt wandten sie sich in Berlin an die Öffentlichkeit. Vor laufenden Kameras und zahlreichen Mikrofonen berichtete Rabenstein von sieben verstorbenen und acht schwerkranken Kollegen, die ebenso wie er überhöhten Strahlendosen ausgesetzt waren.

Seit 1991 ist er erwerbsunfähig. Bereits 1976 war er als Strahlengeschädigter gemeldet worden. 1995 wurde die Erkrankung an einem Nierenkarzinom als Berufskrankheit anerkannt, die weiteren Erkrankungen bis heute nicht. Erst Anfang 2001 erhielt er die Nachricht, dass sein Widerspruch gegen den Bescheid von 1996 zunächst weitere sechs Monate ruhen wird. Ebenso verwendete und erkrankte Zivilbeschäftigte der Bundeswehr können sich an ihn wenden (Tel. 04461/892115).

Ähnlich erging es Hans-Jürgen Runge aus Eggebek. Sein Fall wurde jahrelang verschleppt, seine Klage wird demnächst wieder einmal verhandelt. Das Gericht erwägt, ob eine Umkehr der Beweislast zu Lasten der Beklagten angenommen werden könnte und hat einen Vergleich vorgeschlagen. So gesehen hatte Oberstabsfeldwebel Dietmar Glaner noch Glück. Er arbeitet am Feuerleitradar des Starfighters. Der dadurch hervorgerufene Zelltumor, der zur Amputation des linken Unterarms führte, wurde als Wehrdienstbeschädigung, wenn auch zögerlich, anerkannt. 404 Mark monatlich aufgrund der 50-prozentigen Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE) machen den Dank der Bundesrepublik aus. "Nach den jetzigen Erklärungen des BMVG hätte mein Fall gar nicht anerkannt werden dürfen," sagte Glaner den Journalisten.

Sein Kamerad, Oberstabsfeldwebel Rüdiger Steinbauer, leidet auf Grund seiner Verwendung am Hawk-System an Leukämie, beidseitiger Schwerhörigkeit und Herzrhythmusstörungen. Steinbauer kennt u.a. sieben Heeressoldaten aus Idar-Oberstein, die an den Radaranlagen der Lance und Honest Johns Systeme arbeiten mussten. Alle leiden an Krebs. Seinen WDB-Antrag stellte Steinbauer im Dezember 1999. Im August 2000 teilte ihm die WBV V mit, dass nun das Sanitätsamt mit der Sache betraut sei. Ein Anruf im Januar 2001 führte dort immerhin zur Suche nach seinem Antrag. Steinbauer steht Betroffenen unter 02241/81840 zur Verfügung. Auch Peter Rasch, bei der Flugsicherung an Lungenkrebs erkrankt, hilft unter Tel. 06074/97341 weiter.

Die Betroffenen, der DBwV und die CDU-Abgeordnete Ursula Lietz forderten auf der Pressekonferenz die Umkehr der Beweislast, dazu die zügige Bearbeitung der Anträge und das Ende der demütigenden langjährigen Gerichtsverfahren wegen der WDB-Anerkennung. Der SPD-Abgeordnete Hans-Peter Bartels wies eine Umkehr der Beweislast schroff zurück. Dr. Ramm, Strahlenexperte von der Charité und von Medicine Worldwide (www.m-ww.de): "Die höchsten festgestellten Strahlendosen fanden bei der Marine statt. Es handelt sich um eine unglaubliche Strahlendosis von 3000 MS (drei Sievert) pro Jahr. Die während eines ganzen Lebens insgesamt aufgenommene Strahlung soll 400 MS nicht überschreiten." Deswegen werden die Betroffenen eine Initiative im DBwV gründen, die auch Kontakte zu Nato-Kameraden aufnehmen und eine Klage gegen die Hersteller prüfen wird. Für die ehemaligen NVA-Soldaten, die an russischen Radargeräten arbeiten mussten, steht Herr Löffler von der Initiative "Hilfe für Strahlenopfer" unter 030/27592220 zur Verfügung. Eine Checkliste zum WDB-Antrag wird der DBwV ins Internet stellen. Ah



Einen gewaltigen Presserummel löste die Konferenz aus, die die Opfer von Radarstrahlen gaben.